



Medienausschuss

28. Sitzung (öffentlich)

15. November 2002

NRW Medien GmbH - Düsseldorf, Speditionsstr. 15

10.00 Uhr bis 12.35 Uhr

Vorsitz: Claudia Nell-Paul (SPD)

Stenograf: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1 Aktuelle Viertelstunde

hier: **Zukunftsperspektiven des Medienstandortes Dortmund,
insbesondere des Regionalfensterprogramms von Sat 1**

1

Staatssekretärin Dr. Meckel (StK) erstattet dem Ausschuss einen Bericht und beantwortet anschließend Fragen.

2 NRW Medien GmbH

5

Der Ausschuss lässt sich von Staatssekretärin Dr. Meckel (StK) und vom Geschäftsführer der NRW Medien GmbH, Herrn Helmut G. Bauer, über die bisherige Arbeit unterrichten und diskutiert anschließend mit der NRW Medien GmbH zusammenhängende Fragen.

3 Hände weg vom Filmbüro NRW

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3055

16

Der Ausschuss führt zu der aktuellen Entwicklung im Rahmen der vorgesehenen Integration des Filmbüros NRW in die Filmstiftung eine Aussprache durch.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800, 12/3150 (1. Ergänzung)
Vorlagen 13/1670, 13/1734, 13/1747

18

Der Ausschuss bespricht einzelne Fragestellungen im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen.

5 Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz zu Fragen der Medienpolitik 21

Staatssekretärin Dr. Meckel (StK) berichtet dem Ausschuss über die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz. Dem schließt sich eine Aussprache an.

6 Verschiedenes 25

a) Reise nach Berlin

Der Ausschuss beschließt einstimmig, für die Zeit vom 9. bis 11. Februar 2003 beim Präsidenten eine Reise des Ausschusses nach Berlin zu beantragen. Die Details der Reiseplanung sollen in einem Obleutegespräch geklärt werden.

(kein Diskussionsteil)

b) Zuständigkeiten bei den Haushaltsberatungen 25

mehr so wie früher. Bezüglich der Integration habe es eine nationale Kritikwelle gegeben, wie die sehr zahlreich eingegangenen E-Mails bewiesen. Als gut sehe auch er an, dass ein Kompromiss gefunden worden sei. Die Stadt Mülheim erscheine dabei aber als Verlierer. Über die Filmwerkstätten müsse noch gesprochen werden. Er teile nicht die Meinung des SPD-Sprechers, dass die kulturelle in die wirtschaftliche Filmförderung integriert werden sollte. Die CDU-Fraktion habe stets kritischer die Filmstiftung als das Filmbüro beurteilt. Auch künftig werde sich seine Fraktion kritisch mit der Filmstiftung auseinandersetzen. Es müsse darüber diskutiert werden, ob man sich den Luxus weiterhin leisten könne, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Filmwirtschaft nur durch Förderung erreicht werden könne, statt Filme zu produzieren, die die Menschen auch sehen wollten. Wenn zutreffe, dass der Standort Mülheim zumindest in Teilen gesichert werde, dass die Förderung der Filmwerkstätten gewährleistet sei und der Film ein wichtiges Kulturgut darstelle, könnte den Punkten 2 bis 4 im CDU-Antrag zugestimmt werden.

Dr. Stefan Grüll (FDP) meint, die von ihm im Plenum betonte Bedeutung der kulturellen Filmarbeit bedürfe keiner Wiederholung. Bei der Debatte über die Integration des Filmbüros in die Filmstiftung hätten viele Irritationen vermieden werden können. Die ihm zugegangenen E-Mails hätten ihn auch nur sehr bedingt beeindruckt, weil manche einfach nur weitergeleitet worden seien, um Masse zu erzeugen. Er bitte um eine Präzisierung, ob etwa die Zustimmung des Filmbüros zu diesem Vorhaben im Ergebnis bedeute, dass wichtige und richtige Ansätze, etwa Doppelförderungen zu vermeiden, nicht in die Praxis umgesetzt würden.

Staatssekretärin Dr. Miriam Meckel (StK) meint, die Diskussion um den Vorschlag der Integration des Filmbüros in die Stiftung habe vor allem darauf beruht, dass man diesen nicht in der Weise zur Kenntnis genommen habe, wie dieser gemeint gewesen sei. Wer sich den Ablauf genau ansehe, werde feststellen, dass sich an den mit allen Beteiligten besprochenen Positionierungen nichts verändert habe. Eine öffentlich vom Lobbyismus getriebene Debatte zwar berechtigt sei, bei der aber eben nicht immer mit den einer Maßnahme zugrunde liegenden Fakten operiert werde. Jetzt liege die von Anfang gewollte Lösung vor. Jetzt hätten aber alle Beteiligten die angebotenen Fakten zur Kenntnis genommen. Auch für sie würden die immer noch eingehenden E-Mails, die sich auf den Protest von Herrn Wiedemann stützten, obwohl dieser inzwischen öffentlich zurückgenommen worden sei, vielleicht eine Aussage über die Qualität des Diskussionsprozesses geben.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800, 12/3150 (1. Ergänzung)
Vorlagen 13/1670, 13/1734, 13/1747

Lothar Hegemann (CDU) erkundigt sich, ob in der Staatskanzlei für den Medienbereich mit Blick auf die anstehende Steuerschätzung ein Worst-Case-Szenario existiert habe. Insofern dürften wegen der ja nicht völlig überraschenden Ergebnisse der Steuerschätzung noch

Medienausschuss
28. Sitzung (öffentlich)

15.11.2002
ls-be

Korrekturen bei den Ansätzen anstehen. Es wäre hilfreich, wenn diese vor den weiteren Beratungen des Haushaltes dem Ausschuss bekannt wären.

Staatssekretärin Dr. Miriam Meckel (StK) antwortet, selbstverständlich habe man sich entsprechende Gedanken gemacht. Allerdings bestehe das Ergebnis in einer politischen Leitlinie. Im Haushaltsentwurf habe die Staatskanzlei zum Medienbereich eine ganze Reihe von Zugeständnissen gemacht, weil man diesen Bereich von Einsparungen nicht völlig habe ausnehmen können. Nicht zuletzt die strukturell überzeugende Integration von Filmstiftung und Filmbüro enthalte Einsparmöglichkeiten. An dem erreichten Punkt könnten weitere Einsparungen ohne strukturell weit reichende Entscheidungen nicht vollzogen werden. Sie werde in Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten offensiv die Linie vertreten, dass in diesem Bereich keine weiteren Einsparungen vorgenommen werden könnten.

Oliver Keymis (GRÜNE) informiert, dass bezüglich der kulturellen Filmförderung bei der Filmstiftung an der Ausarbeitung eines entsprechenden Haushaltsvermerks gearbeitet werde. Eine Art Zweckbindung dürfte auch den Forderungen aus der Opposition entgegenkommen. Darüber hinaus unterstütze er die Staatssekretärin, wenn diese mit darum kämpfe, dass im Medienbereich nicht noch einmal Sparschneisen geschlagen werden müssten. Schließlich habe dieser Bereich bereits erhebliche Kürzungen hinnehmen müssen.

Lothar Hegemann (CDU) möchte wissen, ob das Europäische Medienkompetenzzentrum in Marl, das seiner Meinung nach finanziell recht gut ausgestattet sei, ebenfalls entsprechend der Regierungserklärung einer kritischen Überprüfung unterzogen werde. Diese Einrichtung betreibe zudem mehr Berufsausbildung und nicht so sehr die Vermittlung von Medienkompetenz.

Staatssekretärin Dr. Miriam Meckel (StK) führt aus, nur an das anknüpfen zu können, was sie zur GmbH bei einem vorherigen Tagesordnungspunkt und zu den Entwicklungen beim Medienstandort Dortmund ausgeführt habe. In der derzeitigen Situation gehe es nicht darum, ausschließlich Fördergelder in zukunftsorientierte Leuchtturmprojekte zu geben. Vielmehr gelte es, die vorhandenen Kompetenzcluster weiter auszubauen. Deshalb müsse darüber nachgedacht werden, ob das ecmc nicht stärker und dauerhaft mit dem Adolf-Grimme-Institut kooperieren könne, um die finanziellen Perspektiven auf eine konkretere Basis zu stellen. Diese Überlegungen würden sowohl bei den GmbHs als auch für alle anderen Institutionen angestellt. Im Übrigen treffe das auch auf das EMI zu, weil im Zuge der Neustrukturierung des Wissenschaftszentrums darüber nachgedacht werde, ob eine Kooperationslösung gefunden werden könne, die eine bessere und nachhaltigere Basis biete.

Marc Jan Eumann (SPD) äußert, die Landesregierung bei dem Vorhaben zu unterstützen, die einzelnen Einrichtungen einer Prüfung zu unterziehen und zu überlegen, ob andere Anordnungen der Einrichtungen vorgesehen werden könnten. Der Ministerpräsident habe sich so bereits beim Neuzuschnitt einiger Ministerien verhalten. Solche Überlegungen könnten auch bezüglich EMI, ecmc und das Adolf-Grimme-Institut angestellt werden. Bei der letzteren Einrichtung müsse aber die abweichende Gesellschafterstruktur berücksichtigt werden. Allerdings werbe das ecmc Projektmittel ein. Dieses Zentrum erhalte keinen

Zuschuss. Die Projektmittel unterlägen einem ganz anderen Controlling. Gleichwohl gehöre für ihn auch das ecmc, wenn auch unter anderen Gesichtspunkten, auf den Prüfstand. Nach dem Eindruck seiner Fraktion leiste aber das ecmc über das Einwerben der Projektmittel eine sehr gute Arbeit. Eine Debatte über den Standort, die die Politik über Jahre beschäftigt habe, wünsche er hierzu aber nicht erneut eröffnen. Schnittstellen mit dem Adolf-Grimme-Institut existierten sicherlich nicht nur geographischer Natur. Er bitte aber in die Überlegungen auch mögliche Schnittstellen zwischen EMI und ecmc einzubeziehen, zumal beide Einrichtungen eine europäische Ausrichtung besäßen. Dieser Akzent könnte auch hinsichtlich des gemeinsamen Einwerbens von Projektmitteln besonders interessant für Kooperationsmodelle sein.

Staatssekretärin Dr. Miriam Meckel (StK) bestätigt, dass es sich beim ecmc um eine Projektförderung drehe. Außerdem führe es zahlreiche sehr gut laufende Projekte wie "netd@ys" durch. Die Veranstaltung "netd@ys" stoße auf große Resonanz und wirke langfristig. Sie habe hinsichtlich ihrer Aussagen zur Überprüfung der Tätigkeit von Einrichtungen und möglichen Restrukturierungen nur Beispiele genannt. Es gehe noch nicht um Festlegungen, sondern zunächst um ergebnisoffene Prüfung, wie eine bessere Zusammenarbeit oder eine bessere Konstruktion an manchen Stellen aussehen könnte. Wenn solche Möglichkeiten festgestellt würden, müsse darüber diskutiert und schließlich entschieden werden.

Lothar Hegemann (CDU) legt Wert darauf, vor Abschluss der Haushaltsberatungen zu erfahren, über welche Projekte sich das Europäische Medienkompetenzzentrum finanziere. Außerdem interessiere ihn in dem Zusammenhang der Personalhaushalt der Staatskanzlei und ob aus dem dortigen Medienbereich mit weiteren Abwanderungen nach Berlin gerechnet werden müsse und wie die Geschäftsverteilung in der Staatskanzlei aussehe und ob künftig der Chef der Staatskanzlei oder der Ministerpräsident im Plenum künftig zu Medienthemen Stellung nehme.

Staatssekretärin Dr. Miriam Meckel (StK) informiert, das ecmc lebe von Projektmittel. Von der Staatskanzlei erhalte das ecmc Projektmittel beispielsweise für "netd@ys" und "mekonet". Es handele sich also um Medienkompetenzprojekte. Diese Projektmittel von der Staatskanzlei machten etwa 40 % des ecmc-Haushaltes aus. Ferner führe das ecmc zahlreiche Projekte im Zusammenhang mit der LfM durch. Was die das Personal betreffende Frage angehe, sei ihr nicht bekannt, dass außer dem früheren Ministerpräsidenten Clement und Staatssekretär Adamowitsch noch Personen aus der Mediengruppe nach Berlin gingen. Über die künftige Zusammenarbeit habe sie gestern ausführlich mit Minister Kuschke geredet. Nicht der Normalfall dürfte es sein, dass der Chef der Staatskanzlei im Ministerrang vertretungsweise im Plenum Stellung nehme. Die Medienthemen habe der Ministerpräsident Steinbrück u. a. in seiner Rede auf dem Parteitag als sehr bedeutsam deklariert. Die Arbeitsteilung zwischen Minister Kuschke und ihr werde so aussehen, dass sie weiterhin das operative Geschäft betreibe.

Vorsitzende Claudia Nell-Paul formuliert zum Abschluss die Bitte, dass die Fraktionen sich gegenseitig rechtzeitig ihre Änderungsanträge zuleiten mögen.